



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/WI/72

23. März 1951.

Hinweise  
auf den Inhalt:

Zur Pariser Vorkonferenz	S. 1
Die Franzosen ringen um ihr Wahlrecht	S. 3
Eine Lanze für die "kleineren Ramckes"	S. 4
Kurznachrichten	S. 6

## Zeitlupen-Tempo

(sp) In einer Zeit, da man zu sagen pflegt, man habe keine Zeit zu verlieren, sind es am 3. April fünf Monate her, dass von sowjetischer Seite die Anregung zur Abhaltung einer Konferenz der Grossen Vier ausging. Die letzte Tagung des Rates der Aussenminister hatte im Frühjahr 1949 in Paris stattgefunden, damals ging es vor allem um die Beilegung der Berliner Blockade.

Vom Tage jenes Vorstosses am 3. November 1950 an vergingen allein vier Monate, bis es nach vielen Gefährdungen auch dieser Absicht zu der Konferenz kam, deren Aufgabe nur die Aufstellung einer Tagesordnung für die eigentliche Konferenz ist. Diese Vorkonferenz wiederum steht in der vierten Woche ihrer Beratungen. In westlichen Konferenzkreisen ist man "gedämpft optimistisch" im Hinblick auf ein positives Ergebnis. Das ist, alles in allem, eine wirklich kümmerliche Bilanz und bleibt es, auch wenn man bedenkt, dass grosse Hoffnungen auf einen auch nur einigermaßen glatten Ablauf schon am Beginn dieser Bemühungen nirgends bestanden haben.

Fügt man die wichtigsten Merkmale der Ausgangsposition zusammen, so muss man sich erinnern, dass sowohl die Westmächte wie die Sowjetunion drei Grundvorschläge machten. Die westlichen sahen, auf das Kürzeste zusammengefasst, vor: 1. Prüfung der Ursachen der heutigen Spannungen und der Möglichkeiten zur Herbeiführung dauernder Ver-

besserungen in den Beziehungen zwischen den Grossen Vier, 2. Abschluss eines Staatsvertrages für ein unabhängiges und demokratisches Oesterreich, 3. Prüfung der Wiederherstellung der deutschen Einheit und Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland. Die Sowjetunion schlug folgenden Weg vor:

1. Anwendung des Potsdamer Abkommens hinsichtlich der Entmilitarisierung Deutschlands und Verbot einer Remilitarisierung Deutschlands,
2. Beschleunigung des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland und damit verbundene Zurückziehung der Besatzungstruppen,
3. Prüfung der Mittel zur Verbesserung der Lage für Europa, beginnend mit sofortigen Herabsetzung der bewaffneten Streitkräfte Grossbritanniens, der USA, Frankreichs und der Sowjetunion.

Um mit dem Letzten zu beginnen: Zum ersten Mal ist in diesem Zusammenhang auf russischer Seite eine "internationale Kontrolle" der Abrüstung erwähnt worden. Aber die Westmächte haben abgelehnt mit der Begründung, dass der Stand der Rüstungen bei den russischen Satelliten nicht in diesen Vorschlag mit einbezogen sei und mit einer auf die vier Grossmächte beschränkten Abrüstung allein absolut keine Sicherheit geschaffen würde, zumal man nach allen bisherigen Erfahrungen der Möglichkeit und effektiven Wirkung einer solchen internationalen Kontrolle in der Sowjetunion äusserst skeptisch gegenüberstehen müsse. Die Frage der Entmilitarisierung Deutschlands, um die es so heftige Auseinandersetzungen gab, ist zunächst nach der kürzlichen Geheimkonferenz gescheitert. Der russische Vorstoss in der Triestfrage ist im Vergleich zu diesen Problemen nur eine Episode von geringerer Bedeutung.

Bei alledem handelt es sich ja aber nur um die Festsetzung von Tagesordnungspunkten einer erhofften Konferenz. Alles ist noch im Fluss. Im Augenblick wartet man auf neue Informationen für Gromyko aus Moskau. Der Sinn des sowjetischen Manövrierens ist klar: die Rüstungswirtschaftliche und militärische Stärkung des Westens soweit wie nur irgend möglich zu verhindern und zu verzögern. In der Zwischenzeit hat sich aber für die Russen vor allem durch die schweren Fehlschläge in Korea die psychologische Situation verschlechtert. Die Schwäche der Moskauer Satelliten wird allgemein als eine Schwäche Moskaus selbst angesehen, das gilt für Ostasien wie für Europa. Dieser Umstand, der eine Realität ist und den auch die Russen nicht übersehen können, kann für den weiteren Gang der Verhandlungen im Palais Mabire Rose wichtig werden.

Verwirrte Wahlrechts-Debatte in Frankreich

A.F. Paris, im März.

Während im Palais Rose die Aussenpolitiker um das Programm der Viererkonferenz ringen, konzentrieren sich die Sorgen der französischen Innenpolitiker auf die Wahlreform. Der Versuch, die verschiedenen Vorschläge und Lösungen für das kommende Wahlrecht zu erklären, wäre zwecklos, denn Klarheit ist in diesen politisch-mathematischen Wirrwarr nicht mehr zu bringen. Wahrscheinlich versteht der französische Wähler das System, das man ihm schliesslich unterbreiten wird, selbst nicht. Einigermassen klar ist nur, dass die Radikalsozialisten das Mehrheitswahlrecht mit doppeltem Wahlgang wünschten, wie es vor dem Kriege bestand, während die Volksrepublikaner es entschieden ablehnten und auf einem einzigen Wahlgang erfolgreich bestanden. Die Regierungsparteien werden aufgefordert, für die kommenden Wahlen in den jeweiligen Wahlbezirken gemeinsame Listen aufzustellen. Die Liste, die die absolute Mehrheit auf sich vereinigt, erhält sämtliche Mandate. Andernfalls tritt das Proportionalssystem in Erscheinung. Der Wähler erhält ferner das Recht, die Rangordnung auf den Wahllisten zu ändern und den einen oder anderen Namen durch Persönlichkeiten der Gegenliste zu ersetzen.

Das System der Volksrepublikaner bezweckt die Vorbereitung einer lebensfähigen Regierungsmehrheit durch Einigung der Listengemeinschaften auf ein gemeinsames Mindestprogramm vor der Wahl. Das wäre sehr vernünftig, wenn in allen Gegenden Frankreichs die Wahlbündnisse gleichen Charakter hätten. Das ist jedoch kaum zu erwarten, da die Politik der grossen Parteien alles andere als einheitlich ist. Im Norden haben sich bereits die Sozialisten mit den liberal-konservativen Radikalsozialisten geeinigt, südlich der Loire wird der altbekannte, antiklerikale Block erneut auferstehen, in anderen Gegenden sind Bündnisse zwischen Volksrepublikanern und Sozialisten oder Bürgerblocks zu erwarten. Die lokale Programmeinheit kann daher sehr wohl nach Beendigung der Wahl zu einer nationalen Programmverwirrung führen.

Unabhängig davon ist in den letzten Wochen auf dem politischen Schachbrett Frankreichs eine wesentliche Klärung eingetreten. Die

geg. Bigamie zwischen Gaullisten und anderen bürgerlichen Parteien ist endgültig beseitigt. Der alte Führer der Radikalsocialisten Edouard Herriot, konnte sich endlich durchsetzen und seine Parteifreunde zwingen, dem Gau-llismus ein für alle Male den Rücken zu kehren. Auf der anderen Seite verwandelte General de Gaulle nunmehr restlos seine ehemalige Sammelbewegung in eine ausgesprochene Partei, indem er jede Wahlbindung mit anderen Gruppen ablehnte. Bei Neuwahlen werden sich demnach mit lokalen Nuancen und Verschiedenheiten drei grosse politische Gruppen gegenüberstehen: die Kommunisten, die Gaullisten und die von den Sozialisten bis zu Paul Reynaud reichende augenblickliche Regierungskoalition.

Wann die Neuwahlen stattfinden werden, steht noch nicht endgültig fest. Grundsätzlich einigte man sich auf Anfang oder Mitte Juni, das aber würde bedingen, dass die Nationalversammlung das noch vorgesehene Arbeitspensum (Wahlgesetz, Staatshaushalt, Reform der Sozialversicherung, usw.) kürzt, weil die Abgeordneten für ihre Wahlkampagne mindestens sechs ungestörte Wochen verlangen.

+ + +

Um die kleineren Ranckes  
- - - - -

-dt. Als am 9. März im Justizpalast zu Brüssel das Urteil gegen Falkenhausen und seine Mitangeklagten verkündet wurde, wusste man, dass dies nicht der letzte Akt einer aus Politik, Ressentiments und einem nicht zu verleugnenden Hang zur Objektivität gemischten Nachkriegstragödie sein werde. Und rascher als erwartet hat der belgische Justizminister getan, was den Richtern eine dem deutschen Rechtsempfinden entgegengesetzte Auffassung verwehrte: er hat Gnade für zweifelhaftes Recht walten lassen und Falkenhausen sowie die beiden Mitverurteilten auf freien Fuss gesetzt. Falkenhausen hat gut daran getan, dass er gegen das Urteil keine Revision einlegte, noch besser war der belgische Justizminister beraten, als er 20 Tage nach dem Spruch des Gerichts dem natürlichen Recht via facti Geltung verschaffte. Der Enttäuschung, die das Urteil vom 9. März in Deutschland bei allem guten Willen, die belgische Situation zu verstehen, hervorgerufen hatte, sind nun die materiellen Voraussetzungen genommen. Es bleibt die Erkenntnis, dass es auch den anderen schwer fällt, die Politik von der Justiz zu trennen.

Nimmt man hierzu das kürzliche Pariser Urteil gegen den ehema-

ligen Fallschirm-General Ramcke, das trotz aller Unschönheiten dem Verurteilten in drei Monaten die Freiheit gibt, dann wird man, soweit auch an den zwei Prozessen von deutschem Standpunkt aus auszusetzen ist, im Interesse einer Klärung der europäischen Atmosphäre die Feststellung nicht zurückhalten können, dass man sich jetzt in den ehemaligen Feindstaaten Deutschlands bemüht, die Vergangenheit in einem versöhnlicheren Geist zu liquidieren, als noch vor nicht allzu langer Zeit anzunehmen war. Auf deutscher Seite wird man dabei berücksichtigen müssen, dass weder Belgier noch Franzosen, die zweimal von dem durch Hitler entfesselten Krieg überrollt wurden, über ihren eigenen Schatten springen können.

An den Fällen Falkenhausen und Ramcke hat die deutsche Öffentlichkeit besonderen Anteil genommen. Bei Falkenhausen war es mehr die Tragik und unglückselige Verstrickung des Falles, bei Ramcke die fallschirm-jägerhafte Entschlossenheit, mit der der Betroffene die Aufmerksamkeit auf sich lenkte. Wer aber nimmt sich der Hunderte von Gefangenen an, die nun seit sechs Jahren oder noch länger in französischen Gefängnissen unter kaum fairen Bedingungen auf ihren Prozess warten? Sie tragen nicht so klangvolle Namen, oft sind es einfache Schützen und ihre Schuld besteht, soweit man davon in Deutschland Kenntnis hat, nur darin, dass sie Einheiten angehört haben, denen Greuelthaten vorgeworfen werden. Sie sollen nun vom Gefängnis aus beweisen, dass sie daran schuldlos sind. Schon die Anwendung normaler Rechtsgrundsätze (das Gericht hat den Beweis der Schuld zu erbringen) würde wahrscheinlich in vielen Fällen diesen Gefangenen die Freiheit bringen, wobei immer noch unverständlich bleibt, dass die Vorbereitung dieser Prozesse Jahre in Anspruch nimmt.

Die bevorstehende Freilassung Ramckes kann über die persönliche Genugtuung für diesen Mann hinaus nur dann einen Sinn haben, wenn Frankreich einen versöhnlicheren Geist, zumindest das korrekte Recht auch bei den kleineren Ramckes walten lässt. Bei dem guten Kontakt, der zwischen manchen Stellen in Bonn und Paris besteht, müsste es nicht schwerfallen, solchen Prinzipien auch dann zur Geltung zu verhelfen, wenn es sich um den Obergefreiten Lehmann handelt.

PV-Telegramm an Spaniens Sozialisten  
-----

(sp) Der Parteivorstand der SPD hat an Rodolfo Llopis, Generalsekretär der Sozialistischen Partei Spaniens, die zur Zeit in Tolouse (Frankreich) ihren Kongress abhält, folgendes Telegramm geschickt:

"Der hartgeprüften, heroischen Sozialistischen Partei Spaniens sendet die deutsche Sozialdemokratie aufrichtige Grüße. Ereignisse in Barcelona haben bewiesen, dass spanische Arbeiterklasse Kampf gegen Totalitarismus mit verstärkter Kraft und internationaler Resonanz führt. Wünschen Kongress gutes Gelingen.

Kurt Schumacher, Erich Ollenhauer".

An Generalsekretär Saragat von der Sozialistischen Arbeiterpartei Italiens sandte der Parteivorstand der SPD folgendes Telegramm:

"Verfolgen mit Anteilnahme Bemühungen um Einheit des italienischen demokratischen Sozialismus. In diesem Sinne wünschen Eurer Konferenz vollen Erfolg und senden brüderliche Grüße.

Vorstand der SPD, Kurt Schumacher, Erich Ollenhauer".

+ + +

Aus der SPD ausgeschlossen  
-----

(sp) Die SPD, Stadtkreis Braunschweig hat die Mitglieder Gustav Peinemann und Reginald Wocke ausgeschlossen, weil sie einen kommunistischen Aufruf unterschrieben haben.

+ + +

Nachrichten aus der Ostzone:

"Freundschaftsbriefe" unter Zensur

(sp) Alle sogenannten Freundschaftsbriefe, die die Arbeiter in der Sowjetzone an Arbeiter der UdSSR schreiben müssen, sollen in Zukunft den zuständigen Industriegewerkschaften zur "Weiterbeförderung" übergeben werden, hat der Bundesvorstand des FDGB angeordnet. In den letzten Wochen waren zahlreiche Briefe von den sowjetischen Zensurbehörden zurückgewiesen worden, weil sie anti-sowjetische Äußerungen enthielten.

Lehrermangel

(sp) Wie aus einer Statistik des brandenburgischen Volksbildungsministeriums hervorgeht, fehlen im Lande Brandenburg über tausend ausgebildete Lehrer. In ganzem Land gibt es immer noch rund 250 ein-klassige Schulen. In einem Rundschreiben des brandenburgischen Volksbildungsministers Brasch heißt es: "An gewissen Brennpunkten sind Improvisationen zu schaffen, in dem Abiturienten sofort im Schuldienst eingesetzt werden".

+ + +

-----  
Verantwortlich: i. V. Josef Schmiat